

Wüste Lärmzonen im Reichstag

Kommunistische Schimffanonade

Berlin, 2. Mai. Der Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung verzögert sich um etwa zehn Minuten. Als gegen 10 Uhr Vizepräsident Graf die Sitzung eröffnet, lärmten die Nationalsozialisten und Kommunisten. Letztere rufen: „Wo ist denn der sozialdemokratische Kofatenhauptmann?“

Bei Eintritt in die Tagesordnung gedenkt Abg. Pöck (Komm.) der blutigen Zusammenstöße am 1. Mai. Die verdreherische Polizei habe sich nicht geschämt, unter Führung des Sozialdemokraten Jörgelbel friedlich demonstrierende Arbeiter zu mordeten. (Lärm b. d. Komm.) Die Kommunisten beantragten die sofortige Vertagung ihres Antrages auf Aufhebung des Demonstrierungsverbotes. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Die Berliner Arbeiterschaft müsse zum Protest gegen das sozialdemokratisch geführte Mordgesindel (Lärm, Unterbrechungen b. d. Soz., Gegenfundgebungen b. d. Komm.) zum Generalkrieg ausgerufen werden, bis die schuldigen Sozialdemokraten zur Verantwortung gezogen und der Mordkerl Jörgelbel

von seinem Plaze gejagt sei. (Lärm, Lärm b. d. Komm.) Vizepräsident Graf rügt die Ausdrucksweise des Redners. Während dieser Ausführungen kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten.

Abg. Pöck übertrifft den Lärm und nennt den Abg. Künster zum dritten Male einen Lügner. Vizepräsident Graf (Thüringen) ruft den Redner zur Ordnung. Er ruft dann auch den Abg. Pöck (Komm.) wegen fortgesetzten Lärmens zum zweiten Male zur Ordnung. Der kommunistische Antrag wird durch Widerspruch abgelehnt.

Abg. Gelske (Komm.) beantragt Vertagung der Sitzung auf morgen als Protest gegen das geirrigte Vorgehen der Polizei für diesen Antrag erheben sich nur die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) verlangt die Gegenprobe. Dabei bleiben mit den Kommunisten und Nationalsozialisten auch die Deutschnationalen sitzen. Der Vertagungsantrag ist abgelehnt.

Die Kommunisten rufen der Mehrheit zu: „Mordbande!“ Abg. Stöcker (Komm.) erklärt, als Protest gegen die Ablehnung des Vertagungsantrags würden die Kommunisten sich heute nicht an den Beratungen beteiligen. (Bravo b. d. Mehrheit.)

Die Kommunisten fügen lebend die Internationale, während Vizepräsident Graf die Sitzung unterbricht und die meisten Abgeordneten den Saal verlassen. Nach dem Gesang verlassen die Kommunisten den Saal mit dem Rufe: „Nieder mit den Mörder!“

Nach etwa halbstündiger Pause wird die Sitzung wieder eröffnet. Bei der fortgesetzten zweiten Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums (Kapitel „Wohnungs- und Siedlungswesen“) dankt Abg. Tremmel (S.) der Regierung für ihre Initiative zur Förderung des Wohnungsbauwesens. Es wäre natürlich besser, wenn der Ertrag der Hauszinssteuer restlos dem Wohnungsbau zugeführt werden könnte. Die Möglichkeit dazu habe aber auch die Wirtschaftspartei nicht zeigen können.

Wenn es nach dem Willen der Wirtschaftspartei ginge, dann würde die Hauszinssteuer als Liebesgabe in die Taschen der Bauunternehmer fließen.

Abg. Ebert-Pölsdam (Soz.) tritt für größere Förderung der Landarbeiterföderung ein. Ein Landarbeitergesetz, das die Preisfähigkeit beschränkt, würde für die Sozialdemokraten unannehmbar sein.

Abg. Trochmann (DVP.) bezeichnet eine Aufhebung der Wohnungsabzwangswirtschaft im gegenwärtigen Zustand der Wohnungsmisere als unmöglich.

Abg. Wanneburg (Dem.) verlangt noch vor der Sommerpause eine endgültige Regelung für die Flüchtlingsheiler. Die Landarbeiterföderung verdiene kräftige Förderung.

Damit ist die Beratung beendet. Beim nächsten Kapitel, „Verorgungswesen“, erklärt Abg. Schmidt-Stettin (D.N.), die Mittel für die Verorgung müßten erhöht werden. Die Abgeordneten Sparrer (Dem.) und Passch (Soz.) danken dem Arbeitsminister für seine Initiative in der Verbesserung des Verorgungswesens. Die Behörden müßten angewiesen werden, bei der Durchführung der Bestimmungen Härten zu vermeiden.

Abg. Rade (DVP.) fordert eine Reform der Bestimmungen über die Unterbringung der Verorgungsberechtigten.

Damit schließt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Die Ausschussentscheidung auf Erweiterung der Krisenfürsorge wird angenommen. Das internationale Uebereinkommen über die Kinderarbeit zur See wird ohne Ausspruch in zweiter und dritter Beratung angenommen. Um 5,30 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums.

Eine weitere Radikalisierung der Massen wird die Folge sein. Die kommunistische Behauptung, daß das Verbot der Maidemonstration auf die Angst der Gewerkschaften zurückzuführen sei, die die kommunistischen Siege bei den Betriebsratswahlen nicht durch einflussreiche Kundgebungen unterstücken wissen wollen, wird nun ebenso fruchtbareren Boden finden, wie die Einweisung auf sozialistische Konjunkturpolitik bei der Regierungsbeteiligung und die Panzerkreuzer-Schmiede der Partei. Das Vertrauen der breiten Anhänger-Massen der Sozialdemokratie wird auf diese Weise von den Kommunisten nur zu leicht untergraben. Die Jörgelbel und Orgelstift haben den Kommunisten durch ihre Energielosigkeit zu einem billigen Erfolge verholfen. Die Sozialdemokratische Partei, deren linker Flügel immer lebhafter mit Moskauer Koketterie, ist in eine schwere Krise geraten. Es hat ja schon lange unter der Oberfläche gegärt. Die Anzusiedelung mit den Genossen in verantwortlichen Regierungsstellen, die die phantastischen Wahlversprechungen aber auch in keinem Punkte einhalten vermochten, ist bekanntlich bereits so weit gediehen, daß die Sozialdemokratie nicht einmal mehr waagt, einen Parteitag abzuhalten. Das dröhnende gewaltige Frühjahrshochwasser, mit dem man die Abgabe des Magdeburger Parteitages unter dem einmütigen Gelächter von links und rechts begründete, ist ja, allen sozialistischen Wetterpropheeten zum Troste, ausgeblieben. Aber das Parteihochwasser droht dafür bereits die sozialdemokratischen Minister von ihren Stühlen zu schwemmen. Durch den 1. Mai wurde die oberste Gefahrenmarke erreicht. Der Matfater ist offenbar, als die Radikalisierung der Massen unaufhaltsam. Moskau, als dessen Beauftragte die Partei des Meisterbogens und Transportarbeiters Thälmann anzusehen ist, kann sich freuen über den Gegenabbat, den es dem deutschen Volke angedreht hat.

So rächen sich an der Sozialdemokratie nicht nur die halben Maßnahmen der Parteigenossen Jörgelbel und Orgelstift, sondern auch die Sabotage, die die Partei mit Hilfe roter Ländereinigungen im Reichstag selbsterregt betrieb, als der deutschnationalen Reichsinnenminister Dr. v. Kuehnel ein Verbot der Rotfrontkämpferorganisation durchsetzen wollte. Die Folgen haben sich gezeigt. Der kommunistische Uebermut kannte keine Grenzen mehr. Mord an Andersgeachteten wurde zum alltäglichen Ereignis. Die logische Folge war der bewaffnete Aufruhr am 1. Mai. Damit haben die Kommunisten gezeigt, daß sie den gewalttätigen Umsturz anstreben, daß sie aber auch keinen Anspruch mehr darauf haben, als politische Partei im Sinne der Verfassung behandelt zu werden. Nur ein Verbot könnte uns davor bewahren, daß die übermütigen gewordenen Kommunisten mit ihren Mordpartoten Deutschland dem Chaos entgegenreißen. Aber wird die linksseitig geführte Reichsregierung sich zu dieser Tat aufraffen? Die Aussichten sind gering.

Eine ernste Lehre gibt dieser Maitag in Berlin unserem engeren Vaterlande. Die sächsische Sozialdemokratie krebt am 12. Mai zusammen mit den Kommunisten die Wiederholung der Zustände unter dem Seignerregime an. Wieder Sowjetfahnen lauten die Wahlparole der Linken. Sie kann nur durchgeführt werden, wenn man auf nationaler Seite der Wahlpflicht nicht restlos genügt. Wer am 12. Mai diese Pflicht veräußt, macht sich mit schuldhaft für kommende schwere Ereignisse. Die Berliner Warrkräften sind eine letzte Mahnung.

Tardieu über die Pariser Maffeteien

Paris, 2. Mai. Von den insgesamt 3287 Personen, die im Laufe des geirrigten Tages festgenommen wurden, sind fünf Ausländer wegen Verstoßes gegen die polizeilichen Vorschriften über Ausländer und acht Franzosen wegen Widerfestigkeit ins Gefängnis eingeliefert worden. In einigen politischen Kreisen herrscht Verwirrung wegen der gestern ergriffenen außerordentlich strengen Vorstischmaßnahmen sowie wegen des starken Aufgebots von Truppen in den Kasernen. Nach Beendigung des heutigen Ministerrats wurde Innenminister Tardieu über diese Maßnahmen befragt. Er erklärte: Auf Grund von Artikel 10 des Gesetzes über die Unterdrückung anarcho-sowjetischer Umtriebe halte ich diese Verhaftungen für vollkommen gerechtfertigt. Ich habe sie angeordnet und beglückwünsche mich dazu.

In Berlin hat es Tote und Hunderte von Verletzten gegeben, bei uns ist der 1. Mai ohne das geringste Rollenbluten verlaufen.

Im übrigen wird bekannt, daß der sozialistische Abgeordnete Albertin dem Kammerpräsidenten mitgeteilt hat, er gedenke, den Innenminister über die in Paris getroffenen Maßnahmen anlässlich der Maffeteien und über die Verhaftung von mehr als 3000 Demonstranten zu interpellieren.

Kommunistische Heke im Ruhrgebiet

Essen, 2. Mai. Nachdem am Donnerstagmorgen auf dem Trappentamm in Bottrop eine öffentliche Belegschaftsversammlung einberufen worden war, mit der Parole „Maffenstreik“, fehlten zur Mittagsstunde auf Zeche „Prosper III“ 400 Mann, auf „Arenberg Fortsetzung“ 200 Mann, und auf „Prosper II“ 700 Mann. Während auf den Rheinbaben-schächten 40 Mann fehlten, waren die Belegschaftsmitglieder auf der „Vereinigten Beheim“ vollzählig angefahren. Für Freitagvormittag sind größere Massenfundgebungen und Belegschaftsversammlungen geplant. Die kommunistische Presse des Ruhrgebiets, zum Beispiel das Zentralorgan, „Das Ruhrrohr“, in Essen, fordert in Aufrufen zu Massenstreiks und voller Solidarität mit den kämpfenden Berliner Arbeitern auf.

Keine Einigung über die Jahresraten

Der Abdissauschuß unterbricht die Arbeit

Paris, 2. Mai. Reichsbankpräsident Dr. Schacht traf am Donnerstagmorgen 8 Uhr in Begleitung der übrigen Mitglieder der deutschen Abordnung, die ihm bis zur belastlichen Grenze entgegengefahren waren, auf dem Pariser Nordbahnhof ein. Die Herren begaben sich sofort zu ihrem Hotel Royal Monceau. Zu der Sitzung des Abdissaus-schusses (früher Revaltsauschuß) die um 4,30 Uhr im Hotel Georg V. begann, trafen von der deutschen Gruppe Geheimrat Kahl und Direktor Melchior ein. Eine Stunde später traf Dr. Schacht in Begleitung des deutschen Sachverständigen Böglers am Sitz des Sachverständigenaus-schusses ein.

Die Sitzung des Abdissauschusses dauerte nur 1½ Stunden und wurde dann abgebrochen. Dem Ausschuss waren diejenigen Teile des Generalberichtes zur Bearbeitung überwiesen worden, über die eine Einigung bisher nicht erzielt werden konnte. Die Aussprache hatte die Arbeiten nicht gefördert, so daß der Ausschuss sich veranlaßt sah, auf die Lösung der ihm übertragenen Aufgaben zu verzichten und sich zu vertagen, bis sich die Vollkonferenz über die Höhe der deutschen Jahreszahlungen geeinigt habe. Sollte eine Einigung erzielt werden, so würde der Abdissauschuß erneut zusammentreten und über die sogenannten Reichs-lösungen zu beschließen haben, unter denen die deutschen Zahlungen zu erfolgen hätten. Sollte jedoch ein Einverständnis über die Höhe der deutschen Jahresraten nicht zu erreichen sein, so würde die Pariser Sachverständigenkonferenz mit einem Mehrheits- und einem Minderheitsgutachten ihre Arbeiten abschließen.

Scharfe Erklärungen Bernstorffs

Genf, 2. Mai. Der Vorbereitende Abrüstungsaußschuß trat am Donnerstag in die Aussprache über das Kapitel des Konventionentwurfes ein, das die Beschränkung des „lagernden“ und „im Dienst befindlichen“ Kriegsmaterials für die Landheere behandelt. Es lag ein französischer Antrag vor, das gesamte Kriegsmaterial lediglich auf indirektem Wege durch Beschränkung der Militärbudgets herabzusetzen. Zu Beginn der Sitzung verlas der amerikanische Botschafter Gibson eine Erklärung, in der die amerikanische Abordnung zum zweiten Male auf dieser Tagung ihren Standpunkt angab, der die Vereinigung der großen Völkermächte und damit im Interesse des französischen Standpunktes ausbleibe.

Botschafter Gibson erklärte, die amerikanische Regierung habe die Auffassung vertreten, daß das gesamte lagernde Kriegsmaterial mit in die Verabreichung der Rüstungen einbeschlossen werden müsse, da eine Unterscheidung zwischen dem lagernden und dem in Dienst befindlichen Kriegsmaterial nur schwer möglich sei. Jedoch bestehe ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Verabreichung der ausgebildeten Reservisten und der Verabreichung des Kriegsmaterials. Die amerikanische Regierung habe deshalb ihren bisherigen Standpunkt aufgegeben.

Der hierauf zur Besprechung gelangte vereinigte deutsche und sowjetrussische Antrag auf direkte Beschränkung des gesamten Kriegsmaterials begegnete scharfem Widerstand, da sowohl Japan wie auch Italien und Jugoslawien ihn ablehnten. Graf Bernstorff gab daher eine längere grundsätzliche Erklärung ab, in der er hervorhob, daß die Verhandlungen nunmehr in ihre entscheidende Phase getreten seien. Die Verabreichung der Rüstungen durch direkte Methoden sei Deutschland in den Friedensverträgen aufgegeben, ja diese Methoden bildeten die Grundlage der Friedensverträge.

Der Hinweis, daß die direkten Methoden der Verabreichung des Kriegsmaterials nicht durchführbar seien, sei daher völlig unhaltbar.

Die indirekten Methoden seien hingegen nach deutscher Auffassung in keiner Weise geeignete Basis für die Abrüstung.

Die Beschränkung des Kriegsmaterials sei von entscheidender Bedeutung für die gesamte Frage der Abrüstung.

Eine Armee könne nicht ohne Kriegsmaterial kämpfen und sei wehrlos einer kleineren mit moderner Technik ausgerüsteten Armee ausgeliefert. Die moderne Technik des Kriegsmaterials habe eine außerordentliche Entwicklung genommen und bedeute eine Verminderung des Wertes der militärisch ausgebildeten Personen.

Das Kriegsmaterial sei heute die entscheidende Angriffs-waffe.

Eine Beschränkung der Rüstungen ohne eine Beschränkung des Kriegsmaterials sei zwecklos. Wie solle es möglich sein, Vorschläge auf Abrüstung zu unterbreiten, wenn die ausgebildeten militärischen Reservisten und das gesamte Kriegsmaterial außerhalb der Beschränkung der Rüstungen blieben? Er behalte sich deshalb vor, eine Erklärung grundsätzlichen Charakters abzugeben. Pitwinow erklärte, der Abrüstungsausschuß habe bereits auf die Verminderung der ausgebildeten Reservisten verzichtet.

wenn er jetzt auch auf die Verabreichung des Kriegsmaterials verzichte, dann würde die Konvention nicht einmal die Tinte wert sein, mit der sie geschrieben sei.

Sehr scharf wandte sich u. a. der holländische Delegierte gegen die von dem sowjetrussischen Delegierten vorgebrachten Einwände gegen den deutschen Antrag und erklärte, die Ablehnung der direkten Methoden für die Beschränkung des Kriegsmaterials zeige eine Angst, die fast nach schlechtem Willen aussehe.

Die amerikanische Abordnung hat am Donnerstag eine doppelte Stellung eingenommen. Zuerst erklärte der Botschafter Gibson, daß die amerikanische Abordnung ihren bisherigen grundsätzlichen Vorbehalt zurücklasse und ebenso werde sie in der Reservistenfrage sich der Mehrheit des Ausschusses anschließen. In einer zweiten Rede erklärte sodann Gibson, er halte die von der deutschen Abordnung vorgeschlagenen Methoden, das Kriegsmaterial auf direktem Wege herabzusetzen und offene Tabellen für die einzelnen Kategorien des Kriegsmaterials zu schaffen, für den einzig richtigen Weg.

Das Kapitel „Berechnung der Effektivbestände“

sofern es sich um die Vandesstrittkräfte handelt, wurde im wesentlichen abgeschlossen. Für die von Frankreich bar-nändig verlangte besondere Berechnung der langdienenden Spezialisten kam ein Kompromiß zustande, dem England, die Vereinigten Staaten und Kanada zustimmten. Graf Bernstorff erklärte, auch in dieser Frage die Mehrheit des Ausschusses in ihrer Arbeit nicht behindern zu wollen, obwohl nach deutscher Auffassung das Kompromiß auch in dieser Einzelfrage keine gerechte Lösung bringe.

Nachdem der Ausschuss sich in den beiden Hauptfragen, der Beschränkung der ausgebildeten Reservisten und der Beschränkung des lagernden Kriegsmaterials, auf den französischen Standpunkt stellt und geschlossen hat, diese beiden entscheidenden Faktoren der gesamten Abrüstung außerhalb jeder Beschränkung der Rüstungen zu lassen, kann als feststehend angenommen werden, daß der Abrüstungsausschuß der kommenden Abrüstungskonferenz einen Vorschlag machen wird, der auf eine formelle Anerkennung des gegenwärtigen Rüstungsstandes der großen Mächte hinausläuft und damit der Konferenz den Charakter einer Status-quo-Konferenz geben wird.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau verbindlich

Berlin, 2. Mai. Wie der Deutsche Handelsblatt meldet, ist der im Lohnstreit im Ruhrbergbau gefällte Schiedsspruch zwischen von Amis wegen für verbindlich erklärt worden. Bekanntlich hatten die Gewerkschaften den Schiedsspruch abgelehnt, während er von den Unternehmern angenommen worden war.

Keine neuen Vorschläge Dr. Schachts

Berlin, 2. Mai. (Priv.-Weid.) Zu der Meldung des „Welt Pariser“ und anderer Blätter, wonach Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit neuen Vorschlägen nach Paris zurückkehre, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß dies nicht zutrifft. Es liegt keine Veranlassung vor, anzunehmen, daß sich an der vierjährigen Lage, wenigstens soweit Zahlen in Betracht kommen, das geringste geändert hat. Von einer Spannung zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Dr. Schacht, von der in Pariser Blättern gesprochen wird, kann keine Rede sein. Es handelt sich auch hierbei um ein gegenstandsloses Gerücht.

„GEADEM“